

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser,
Formel Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner bezüchlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22
Rieser 1892.
Druckerei:
Rieser Nr. 22.

Nr. 15.

Dienstag, 19. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Stammes des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Abende ist nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Karte. Bemühter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und sonstiger Unterhaltungsarbeiten. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und sonstiger Unterhaltungsarbeiten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nylmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Hundert Kommissionen.

Nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern drängt sich heute bereits die Frage hervor: Was hat der Völkerbund bisher getan?

Ja, hat er wirklich sichtbare Arbeit geleistet? Die großen politischen Probleme hat er nicht zu lösen gewußt. Er hat es nicht verstanden, seine Statuten dahin auszulagern, um einen Keilspalt, den Völkerbund, das vorläufige Abkommen der Grobmächte, zu verhindern, er hat mit seiner Autorität nicht die Kriegsgelahr beseitigt. Immer neue Verhandlungen, immer neue Abkommen drängen an. Alles aber hätte vom Völkerbund ausgehen müssen. Er hätte sogar mit seiner Souveränität sich der Reparationsfrage annehmen müssen. Er hat sich aber selbst ausgeschlossen, wo er handeln mußte und überließ es vielen Mächten, direkt zu verhandeln und Verträge abzuschließen, die durch die Statuten des Völkerbundes alle unnütz sind.

Vielleicht hat der Völkerbund nur das erreicht, daß die Vertreter der Weltmächte alljährlich zweimal zusammenkommen, sich kennen lernen, sich ansprechen und Gelegenheiten finden, sich direkt zu verständigen.

Beim Völkerbund in den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen ohne Zweifel verlagert hat, hat er sich einen Aufgabenkreis gestellt, der außerordentlich umfangreich ist. Man kann heute gar nicht mehr feststellen, wieviel Kommissionen eigentlich dauernd oder nur vorübergehend arbeiten. Hundertertei Dinge hat der Völkerbund aufgegeben, und alles wird behandelt, beraten, erörtert, immer wieder werden Feststellungen gemacht. Der Vertrieb läuft. Der Völkerbund behandelt die volkswirtschaftlichen Probleme, er beschäftigt sich mit der Zollfrage, er beschäftigt sich mit der sozialen Frage, er berät über das Arbeiterrecht, er sammelt Material über die Bevölkerungsbewegung, er kümmert sich um die Finanzbewegung und um Finanzangelegenheiten, er untersucht die Gesundheitsverhältnisse der Welt, er kümmert sich um die Arbeitslosenverhältnisse, selbst die Kalenderreform hat es ihm angetan. Man weiß nicht, was er alles in seine Interessensphäre zog; es ist unendlich viel. Das weiß man aber, daß bisher noch keine der vielen Untersuchungen zu einem endgültigen Ergebnis führte.

Nein, wir einmal die Zollfrage. Mit großem Eifer hat sich der Völkerbund über die Zollmauern entrüstet, eine Kommission wurde eingesetzt, die schließlich den Beschluß faßte, daß die Zölle international abgebaut werden sollen. Doch wenige Länder haben sich diesen Beschluß zu eigen gemacht. Noch immer ist die Kommission des Völkerbundes für diese Frage inaktiv, während sie aber um die Befolgung ihrer guten An- und Einsichten kämpft, sind die Zollmauern besonders in Europa rapide gewachsen. Gerade das Gegenteil von dem ist eingetreten, was der Völkerbund verhindern wollte.

So wie er den Krieg nicht verhindert hat und Japan freischützte die Mandchurei trotz aller Proteste unterwarf, machten die Mächte mit den Zöllen, was sie für richtig hielten. Kein Arbeiter hat durch den Völkerbund Arbeit erhalten, keine soziale Frage ist einheitlich für die ganze Welt gelöst, kein einheitliches Arbeitsrecht ist geschaffen worden. Kein wissenschaftliches, kein künstlerisches Gebiet ist so befriedet worden, daß man sagen könnte, hier habe sich der Völkerbund wirklich ein Denkmal gesetzt. Selbst der simple neue Kalender ist noch nicht einmal zustande gekommen.

Alles ist in der Schwebe, sagen die Weisen aus Genf, und sie sind eifrig dabei, dicke Bücher und schwere Akten zu wägen, sie lesen Statistiken und halten Referate, sie schreiben und telegraphieren, sie arbeiten, arbeiten unentwegt für die Zukunft, für die Zukunft, die wir alle nicht erleben werden. Und weil alles auf die Zukunft eingestrichelt ist, werden die schwereren Fragen der Gegenwart vergessen. Man verliert den Mut, dem Völkerbund ein angemessenes Prädikat zu geben. Und wir sind es nicht einmal allein. Wie gesagt, überall fragt man heute, ob es sich lohne, einen beratenden Apparat zu unterhalten, wenn er die Gegenwart zwar belastet, sie aber verlagert, und wenn er in Problemen schwelgt, die uns heute so fern liegen wie das von der Welt verheißene große Reich, in dem es nur eine Herde und einen Hirten geben soll.

Zufällig hat sich der Völkerbund nur als Verwaltungsorgan praktisch bewährt. Er hat die Danziger Belange gewahrt und er hat sich um das neutralisierte Saarland gekümmert. Aber auch hier gab es Kompromisse, keine Beschlüsse. Der Völkerbund ist nicht demokratisch, weil nicht die Mehrheit entscheidet, sondern die gewichtigen Stimmen in die Waage fallen dürfen.

Wir haben ihm aus Prestigeuränden angehören müssen, aber wir wissen heute, daß wir verurteilt sind, ebenso wie die anderen Mitglieder, im Rahmen dieser Willkürbindung unproduktiv zu sein.

Erklärlich also, wenn heute die Tagungen des Völkerbundes nicht mehr jenes Interesse wecken, wie die früheren Tagungen, da immerhin noch die großen Fragen der Gegenwart angeknüpft wurden. Am deutlichsten zeigte sich das Verlangen dieser souveränen Institution, als es nicht vermochte, über die Abrüstung ein Urteil zu fällen, sondern es auflassen mußte, daß einzelne Mächte die Frage in die Hand nahmen. So wird jetzt der Völkerbund tagen, während in demselben Genf die Abrüstungskonferenz als eine eigene Institution zusammentritt und das zu erreichen sucht, was weder im Plenum noch in den Kommissionen des Völkerbundes zu erreichen war.

Es ist Zeit, daß sich die Geschäftsführer die erforderlichen Notizen über die Pläne des Völkerbundes beschaffen und verfolgen. *Wie viele dieser Pläne an Wasser wurden.*

Der Kampf um Lausanne.

* London. Englische zehnjährige Stellen deuten unambigüen an, daß die ganze Lausanner Konferenz überhaupt fallen gelassen werden soll, wenn Frankreich dem Zusammentritt am 25. Januar nicht zustimmen oder sonstige Schwierigkeiten machen sollte. Es wird zwar ausdrücklich versichert, daß hierüber noch keine Entscheidung gefallen ist. Die Tendenz für einen solchen Beschluß ist aber unabweisbar vorhanden. Sollte dieser Fall eintreten, so soll versucht werden, entweder bei dem Zusammenreffen der Außenminister in Genf oder auf dem übrigen diplomatischen Wege zu einer Einigung über die Verlängerung des Tributmoratoriums für Deutschland auf die Dauer von etwa sechs Monaten nach dem 1. Juli zu kommen. Inzwischen wartet man in London ab, welche Entscheidung die französische Regierung in der Kammerkündigung für Dienstag treffen wird. Die englischen Behörden setzen ihre Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz in der Annahme fort, daß diese am 25. Januar stattfinden wird.

Die vom Oberster verbreitete Nachricht, daß bereits zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien eine Einigung über die von der englischen Regierung geäußerten Wünsche über die Behandlung der Tributfrage zustande gekommen sei, wird demontiert, und zwar im Hinblick darauf, daß von Frankreich nicht einmal die Annahme der Einigung zur Konferenz eingegangen sei, und daß möglicherweise auch Mussolini noch anderweitige Wünsche im Sinne der von ihm ausgehenden Politik äußern sollte. Deutschland, so wird ausdrücklich betont, habe die Einigung zur Lausanner Konferenz bedingungslos angenommen. Die von deutscher Seite gemachten Hinweise, daß Deutschland gewisse Forderungen über die Finanzfragen einer endgültigen Lösung der Tributfrage zu erhalten wünsche, seien zwar von englischer Seite zur Kenntnis genommen worden, sie stellen jedoch nach englischer Auffassung keineswegs eine Bedingung dar, die sich an die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz knüpfte.

Eine Habakkerklärung.

Paris. In einer sichtlich offiziellen Charakter tragenden Erklärung erklärte die Agentur Havas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Programm interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere den gestrigen Besuch des deutschen Botschafters beim Ministerpräsidenten Cavall:

Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig umso mehr zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann, je mehr sich in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für 6 Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeranträge an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Zustimmung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Moratoriums an bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern. Wenn die Berücksichtigung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Programms auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres gelöst werden kann.

Einmal muß doch die Geschichte dieser so groß gedachten Einrichtung geschrieben werden. Sie wird nicht verlosend zu lesen sein. Sie wird das Verlangen der größten Organisation offeneren und lebendiger die Feststellung treffen, daß es eine Versammlung von Staatsmännern war, die sich in Genf die Hand reichen und privatim, wenn man so sagen darf, ihre Differenzen austrugen, aussprachen, Verhandlungen verhandelt und ohne Völkerbund ihre Geschäfte bestimmten. In Genf wird keine Beliefschichte gemacht, in Genf wird die Welt nicht verbessert und verändert, in Genf werden keine Beschlüsse gefaßt, die die großen Probleme erschöpfen, die heute unbedingt gelöst werden müssen, wenn die Welt aus der Krise und einem neuen Aufstieg gehoben werden soll. Kein neuer Weg ist gezeichnet worden, keine Neugestaltung angeregt, obwohl die ganze Welt davon überzeugt ist, daß von einer großen Autorität die alte Entwicklung in neue Bahnen gelenkt werden muß. Heute sind wir soweit, daß wir allein im Glauben gegen, langsam werde sich eine naturnotwendige Entwicklung vollziehen, die aus der gegenwärtigen Gegenwart eine bessere Zukunft werden läßt. Wenn wir aber bereits an eine Entwicklung aus Naturnotwendigkeit glauben, bedeuten wir, wie wir dem Völkerbund die Erfüllung seiner Aufgaben nicht mehr vertrauen und ihn als ein Faktum ansehen, dessen Dasein etwas bedeuten könnte, das aber in Wahrheit nur ein großer Name, Schall und Rauch ist.

Neue Unterredung Hoels-Laval

Paris, 19. Januar.

Der deutsche Botschafter von Hoels hatte gestern erneut eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die der Vorbereitung der Lausanner Konferenz dienste.

lauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter den Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung eines zwecks stillschweigender Verlängerung des laufenden Moratoriums notwendigen Abkommens geschehen.

„Echo de Paris“ droht.

Paris. Echo de Paris wendet sich heute noch einmal gegen die Anregung, die Reparationskonferenz zu vertagen, und schreibt, wenn man nicht nach Lausanne stuge, lasse man die Zeit gegen Frankreich arbeiten. Das Gouvernementsministerium mit allen den Schutzmaßnahmen, die Frankreich möglich hineingebracht habe, werde dann verschwinden, d. h. die Reparationszahlungen würden erliegen sein. Dem Einwurf, daß man in Lausanne nicht den Hauptgläubiger und den Schuldner aufeinanderprallen lassen dürfe, weil damit auch die Gläubiger unter sich auseinandergeraten könnten, sei entgegengehalten, daß Frankreich in Lausanne Gelegenheit finden werde, seinen Willen, die Reparationen beizubehalten, zum Ausdruck zu bringen. Wenn der deutsche Schuldner und die Gläubiger, die ihn etwa unterliegen sollten, spüren würden, daß Frankreich Schluß zu machen drohe, würden sie sich dies angefaßt der sich daraus für Europa ergebenden Folgen vielleicht zweimal überlegen. Gewiß sei Frankreich nicht erfreulich und nicht gefährlich, da aber Frankreich nur der rechtmäßige Vertrag vom 16. August 1920 übrigbleibe, müsse es entgegen zu derartigen Drohmitten stehen greifen oder alles lassen.

Tributkonferenz erst mit Beginn der Abrüstungskonferenz.

Berlin. Die „Voss. Zeitung“ läßt sich aus London melden: Das englische Auswärtige Amt ist am Montag von Paris aus unterrichtet worden, daß Frankreich eine Verlängerung der Tributkonferenz bis zum Zusammenritt der Weltabrüstungskonferenz am 2. Februar in Genf vorschlägt. Der leitende Gedanke bei diesem Vorschlag sei, daß bei der Abrüstungskonferenz die Außenminister der Gläubigerstaaten und Deutschlands sowie anwesend seien und unter Einwirkung einiger Sachverständigen die Tagesordnung der Tributkonferenz in seinem Rahmen und mehr heilungsergiebig erliegen könnte. Weiter habe die englische Regierung am Montag die deutsche Regierung davon verständigt, daß England auf der Lausanner Konferenz die Verlängerung des deutschen Moratoriums bis zum 1. Juli 1932 vorschlagen werde.

Vollendeter Umfall Englands?

London. Wie verlautet, hat die englische Regierung in ihren Bemühungen, die Lausanner Konferenz doch noch zustande zu bringen, während des Wochenendes einen Vermittlungsversuch in Paris gemacht, wonach sie möglicherweise einem neuen Tributmoratorium auf die Dauer von etwa einem Jahre zustimmen würde. Der Grundgedanke des ursprünglichen Planes würde dadurch natürlich vollkommen verwirrt. Auch liegt guter Grund zu der Annahme vor, daß die englische Regierung ihren ursprünglichen Vorschlag das Tributmoratorium auch auf die ungeschliffenen Zahlungen ausdehnen, die zur Zeit der Gültigkeit des Moratoriums Deutschland gegen Ausgabe von Eisenbahnbonds nur zurückgelassen werden, angefaßt des französischen Widerstandes nicht mehr weiter verfolgen wolle.

Die Strafanträge im Lübecker Tuberkulose-Prozess.

Lübeck. (Funkpruch.) In der heutigen Sitzung des Tuberkulose-Prozesses beantragte der Oberstaatsanwalt auf Grund des Paragraphen 22 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (sahrlässige Tötung) gegen Professor Denske und Obermedizinalrat Dr. Althoff eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, gegen Professor Dr. Althoff ein Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schäge.

Schutz der bäuerlichen Veredlungswirtschaft

Berlin, 19. Januar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Schutz der bäuerlichen Veredlungswirtschaft. Die Beratungen sind zum Abschluß gelangt. Die zu treffenden Entscheidungen werden alsbald veröffentlicht werden.

Die Antwort der Reichsregierung an Dittler.

Berlin. Die von Herrn Adolf Dittler veröffentlichte „Denkschrift“ ist dem Herrn Reichskanzler überreicht worden. Die Reichsregierung wird nicht verbleiben, die darauf zu erlassende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntzugeben.